Wahldokumentation Europawahl 2004

Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlagen des deutschen Europawahlrechts

Wahltermin und Wahlperiode

Wahlgebiet

Wahlberechtigung

Wählbarkeit

Wahlsystem

Wahlorgane

Wahlvorschläge

Wählerverzeichnis

Wahlschein und Briefwahl

Ergebnisfeststellung

Rechtsgrundlagen des Deutschen Europawahlrechts

Europawahlgesetz - EuWG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 2003 (BGBl. I S. 1655), mit Verweisen u.a. auf das Bundeswahlgesetz, das Wahlprüfungsgesetz und das Parteiengesetz

Europawahlordnung - EuWO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2551)

Bundeswahlgeräteverordnung - BWahlGV - vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2459), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. April 1999 (BGBl. I S. 749)

Wahlstatistikgesetz - WStatG - vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412)

Europaabgeordnetengesetz - EuAbgG - vom 6. April 1979 (BGBl. I S. 413), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 2003 (BGBl. I S. 1655), mit unterschiedlich weit

gehenden Verweisungen auf das Bundestags-Abgeordnetengesetz, das Bundesbeamtenengesetz, das Beamtenrechtsrahmengesetz, das Beamtenversorgungsgesetz, das Deutsche Richtergesetz und das Soldatengesetz

sowie allgemein oder kraft besonderer Verweisung in Teilen entsprechend

Bundewahlgesetz - BWG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2002 (BGBl. I S. 1529)

Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. April 1995 (BGBl. I S. 582)

das Parteiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2002 (BGBl. S. 2268)

Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3007)

Ergänzend sind die Zuständigkeitsregelungen der Landesregierungen über die Ernennung der Kreis- und Stadtwahlleiter, der Wahlvorsteher und Briefwahlvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie über die Berufung der Beisitzer heranzuziehen.

Wahltermin und Wahlperiode

Das sechste Europäische Parlament wurde am 13. Juni 2004 für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Wahlgebiet

Das Wahlgebiet war das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Anders als bei der Bundestagswahl gab es bei der Europawahl keine Wahlkreise. Die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland hatten insofern aber wahlorganisatorische Bedeutung, als sowohl Bundeslisten als auch Landeslisten möglich waren. Der Stimmzettel hat aus diesem Grund in jedem Land anders ausgesehen.

Wahlberechtigung

Wahlberechtigt waren alle Deutschen, die am 13.06.2004 das 18. Lebensjahr vollendet hatten, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft einen Wohnsitz oder einen gewöhnlichen Aufenthalt hatten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Darüber hinausgehende Sonderfälle der Wahlberechtigung wurden in § 12 Abs. 2 bis 4 BWG abschließend aufgeführt.

Für Unionsbürger (Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen

Union) galten, sofern sie in Deutschland wohnten oder sich gewöhnlich aufhielten, grundsätzlich die gleichen Wahlrechts-Voraussetzungen wie für Deutsche.

Wählbarkeit

Wählbar war, wer am Wahltage Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes war und das 18. Lebensjahr vollendet hatte und für den kein Ausschlussgrund nach § 6 b Abs. 3 EuWG bestand.

Wählbar war auch ein Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehatte oder sich sonst gewöhnlich aufhielt und der am Wahltage die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besessen hat und das 18. Lebensjahr vollendet hatte und für den kein Ausschlussgrund nach § 6 b Abs. 4 EuWG bestand.

Wahlsystem

Die Wahl erfolgte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Parteien konnten selbst bestimmen, ob sie mit einer gemeinsamen Liste für alle Bundesländer (Bundesliste) oder mit einzelnen Landeslisten antreten. Von der zweiten Möglichkeit machten nur CDU und CSU Gebrauch. Zu jedem Bewerber auf der Liste konnte ein Ersatzbewerber genannt werden, der nachrückt, falls der Hauptbewerber aus dem Parlament ausscheidet. Erst wenn auch der Ersatzbewerber ausscheidet, rückt der Bewerber auf dem nächsten Listenplatz nach. Ein Bewerber auf einer Bundesliste oder Landesliste konnte dabei zugleich auch als Ersatzbewerber auf dieser Liste genannt werden. Zudem konnte ein Bewerber einer Landesliste auch auf einer weiteren Landeslisten derselben Partei benannt werden.

Die 99 Sitze Deutschlands wurden auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, nach dem Verfahren Hare/Niemeyer entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt erreichten Stimmenzahlen verteilt.

Anders als bei Bundestagswahlen hatte der Wähler nur eine Stimme. Mit dieser konnte er sich für die Liste einer Partei entscheiden. Direktkandidaten in Wahlkreisen gab es nicht. Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments fand ausschließlich durch Listenwahl statt.

Wahlorgane

Die in § 5 Europawahlgesetz behandelten Wahlorgane (auf Ebene der Stadt Bochum) werden hier kurz erläutert:

Wahlorgane waren der Stadtwahlleiter und der Stadtwahlausschuss sowie Wahlvorsteher und Wahlvorstand.

Der Oberbürgermeister der Stadt Bochum Ernst-Otto Stüber war Stadtwahlleiter und Vorsitzender des Stadtwahlausschusses.

Mitglieder des Stadtwahlausschusses waren:

Kröger, Thorsten	SPD
Henke, Julia	SPD
Dzaibel, Dirk	SPD
Christoph, Karl-Heinz	CDU
Mikus, Heinrich-A.	CDU
Buhl, Gesine	Grüne

Stellvertretende Mitglieder des Stadtwahlausschusses waren:

Eiskirch, Thomas	SPD
Felderhoff, Fritzi Marie	SPD
Ritzkowski, Stefan Bernd	SPD
Wollenhaupt, Tim	CDU
Henneke, Hans	CDU
Borgmann, Peter	Grüne

Der Stadtwahlleiter trug die Verantwortung für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahl, soweit nicht bestimmte Zuständigkeiten durch Europa- und Bundeswahlgesetz, Europawahlordnung, Bundeswahlgeräteverordnung und Wahlstatistikgesetz sowie die Zuständigkeitsregelung der Landesregierung anderen Stellen übertragen wurden. Die wahltypischen Aufgaben und Befugnisse des Stadtwahlleiters waren - gemessen an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen - bei der Europawahl aber deutlich gemindert, weil seine entscheidende Mitwirkung bei der Einreichung, Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge und die selbständige Herstellung und Beschaffung der Stimmzettel entfielen.

Dem Stadtwahlausschuss waren bei der Europawahl lediglich die Nachprüfung der Feststellungen der Wahlvorstände und die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses in Bochum vorbehalten.

In Bochum waren als weitere Wahlorgane die Wahlvorsteher und Wahlvorstände in den 315 Urnenwahlbezirken und die Briefwahlvorsteher und Briefwahlvorstände in den 45 Briefwahlbezirken zu nennen.

Die Wahlvorstände und auch die Briefwahlvorstände bestanden aus dem Wahlvorsteher, seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und in der Regel fünf Beisitzern. Hierbei wurde grundsätzlich die Funktion des Vorstehers und des Stellvertreters mit Personen aus den Reihen der Bediensteten der Stadtverwaltung Bochum, die Funktion des Schriftführers aus den Reihen der Mitarbeiter anderer Behörden und die Funktion des Beisitzers aus den Reihen der Mitglieder der in Bochum vertretenen Parteien und Bochumer Bürgern

besetzt.

Der Aufgabenkatalog der Wahlvorsteher beinhaltete u.a.

- Leitung der Tätigkeit des gesamten Wahlvorstandes
- Eröffnung und Schließung der Wahlhandlung am Wahltag
- Leitung der Wahlhandlung und Stimmenzählung
- Bekanntgabe von Entscheidungen des Wahlvorstandes und des Wahlergebnisses im Stimmbezirk
- Meldung des Ergebnisses des Stimmbezirks
- Übergabe der Wahl Niederschrift mit Anlagen an das Wahlbüro
- Verpackung der Wahlunterlagen und Übergabe an das Wahlbüro

Die Schriftführer hatten das Wählerverzeichnis während der Wahlhandlung zu führen und zwar insbesondere Stimmabgabevermerke einzutragen und die Wahl Niederschrift anzufertigen.

Die Beisitzer hatten im Einzelnen die vom Wahlvorsteher übertragenen Aufgaben zu erledigen, wie

- Ausgabe der Stimmzettel
- Beobachtung der Wahlzellen
- Ordnung des Zutritts zum Wahlraum
- Freihaltung des Wahlgebäudes von unzulässiger Wahlpropaganda
- Sortierung, Verwahrung und Zählung der Stimmzettel

Die grundsätzlichen Aufgaben des Wahlvorstandes als Kollegium bestanden insbesondere darin,

- die Ruhe und Ordnung im Wahlraum zu überwachen,
- die Wahrung des Wahlheimnisses zu überwachen,
- Beschlüsse über die Zulassung oder Zurückweisung eines Wählers zu fassen,
- über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen zu entscheiden,
- über sämtlich sich bei der Wahlhandlung und Stimmenzählung ergebenden Anstände zu entscheiden und
- das Wahlergebnis im Stimmbezirk festzustellen.

Sämtliche Mitglieder eines Wahlvorstandes wurden zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Verhandlungen, Beratungen und Entscheidungen des Wahlvorstandes wurden öffentlich getroffen.

Wahlvorschläge

Bis zum 06.04.2004 konnten Wahlvorschläge von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen eingereicht werden. Eine Partei oder sonstige politische Vereinigung

konnte entweder Listen für einzelne (Bundes-)Länder oder eine gemeinsame Liste für alle (Bundes-)Länder aufstellen.

Der Bundeswahlausschuss hat am 16.04.2004 insgesamt 21 Wahlvorschläge von Parteien als gemeinsame Listen für alle Bundesländer zugelassen. Hinzu kam in Nordrhein-Westfalen die vom Landeswahlausschuss zugelassene Landesliste der CDU.

Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtete sich nach dem Ergebnis der letzten Europawahl in Nordrhein-Westfalen. Parteien, die bei der letzten Europawahl in 1999 in Nordrhein-Westfalen nicht angetreten waren, schlossen sich in alphabetischer Reihenfolge an. Danach ergab sich bei der Europawahl 2004 in Nordrhein-Westfalen folgende Reihenfolge:

1.	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
2.	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3.	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
4.	FDP	Freie Demokratische Partei
5.	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
6.	REP	DIE REPUBLIKANER
7.	Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
8.	GRAUE	DIE GRAUEN - Graue Panther
9.	DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
10.	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
11.	ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
12.	PBC	Partei Bibeltreuer Christen
13.	CM	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
14.	ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands – gegründet 1870
15.	BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
16.	Deutschland	Ab jetzt...Bündnis für Deutschland Liste: Gegen Zuwanderung ins „Soziale Netz“
17.	Unabhängige Kandidaten	Aktion unabhängige Kandidaten
18.	AUFBRUCH	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit
19.	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
20.	DP	DEUTSCHE PARTEI
21.	FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
22.	PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale

Außer den Namen der Parteien standen auf den Stimmzetteln jeweils auch die ersten zehn Bewerberinnen bzw. Bewerber einer Liste.

Wählerverzeichnis

Das sog. Wählerverzeichnis ist zunächst ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Es wird erst durch die Stimmabgabe am Wahltag zu einem Verzeichnis der Wähler.

Wahlberechtigte wurden zum Stichtag 09. Mai 2004 automatisch ins Wählerverzeichnis aufgenommen. Nach dem Stichtag konnten Wähler auf Antrag oder Einspruch aufgenommen werden, so dass letztendlich 290.074 Wahlberechtigte eingetragen waren.

Das Wählerverzeichnis lag vom 24. Mai 2004 bis zum 28. Mai 2004 zur Einsichtnahme in der Sonderarbeitsgruppe Wahlen im Bildungs- und Verwaltungszentrum Bochum aus.

Wahlschein und Briefwahl

Der Wahlschein ist ein urkundlicher Nachweis über das materielle Wahlrecht des Wahlberechtigten. Er ist neben dem Wählerverzeichnis die formelle Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts. Folgendes war zu beachten:

1. Der Wahlschein galt nicht im gesamten Bundesgebiet, sondern nur für das Gebiet der Stadt Bochum;
2. mit dem beantragten Wahlschein wurden ohne weiteres auch die Briefwahlunterlagen übermittelt;
3. der Inhaber des Wahlscheins konnte entweder durch Stimmabgabe in einem beliebigen Stimmbezirk in Bochum oder durch Briefwahl wählen; der Wahlschein ließ beide Möglichkeiten zu.

Ein Wahlberechtigter konnte einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragen

- wenn er sich am Wahltag aus wichtigem Grund während der Wahlzeit außerhalb seines Wahlbezirks aufhielt
- wenn er seine Wohnung ab dem 24.05.2004 innerhalb Bochums verlegt hatte
- wenn er seine Wohnung außerhalb Bochums ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis einer anderen Gemeinde verlegt hatte
- wenn er aus beruflichen Gründen, Krankheit, hohem Alter, körperlichen Beeinträchtigungen oder sonst seines körperlicher Zustandes wegen den Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen konnte
- wenn er nachwies, dass er ohne sein Verschulden die Antragsfrist auf Eintragung in das Wählerverzeichnis oder die Einspruchsfrist versäumt hatte
- wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach dem Ablauf der Einspruchs- bzw. Antragsfrist entstanden ist (etwa durch Einbürgerung)
- wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt wurde und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses der Stadt Bochum gelangt ist.

Die Anträge konnten schriftlich oder persönlich in der Sonderarbeitsgruppe Wahlen im Bildungs- und Verwaltungszentrum oder in einer Bezirksverwaltungsstelle abgegeben werden.

Mit den Briefwahlunterlagen konnte sofort in eigens dafür bereit gestellten Wahlkabinen in der Sonderarbeitsgruppe oder in einer Bezirksverwaltungsstelle gewählt werden.

Der Wähler hatte mit der Briefwahl aber auch die Möglichkeit seine Stimme unabhängig von Wahlraum und Wahlurne, also von jedem Ort und zeitlich unabhängig bis zum Wahltag, 18.00 Uhr, abzugeben, sobald er den Wahlschein mit den Briefwahlunterlagen erhalten hatte.

Die Briefwahlunterlagen wurden zentral im eingerichteten Briefwahlzentrum in der Graf-Engelbert-Schule am Wahlabend ausgezählt.

Ergebnisfeststellung

Nach Auszählung der Stimmen in den einzelnen Wahllokalen gaben die Wahlvorsteher die Schnellmeldungen telefonisch dem Erfassungszentrum in der Gemeinsamen Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Ruhr Bochum durch. Die Ergebnisse wurden in einem hierfür vorgesehenen Großrechnerverfahren erfasst. Die vorläufigen Wahlergebnisse wurden am Wahlsonntag im Ratssaal präsentiert und nach Feststellung des vorläufigen Ergebnisses dem Landeswahlleiter als Schnellmeldung durchgegeben.

Nach Überprüfung der - von den Wahlvorstehern beim Wahlbüro - eingereichten Wahl-niederschriften stellte der Stadtwahlausschuss am 18.Juni 2004 das endgültige Wahlergebnis im Stadtgebiet Bochum fest.